

**Magazin**

Staatlich legitimierte Erpressung

Urs Paul Engeler

**Über dem illegalen Streik von Reconvilier, der vor einem Jahr stattfand, liegt ein dicker Mantel des Schweigens. Das schützt die gewerkschaftlichen Bandenführer.**

Toter und trister geht kaum mehr. Auf dem Parkplätzchen, wo vor einem Jahr die roten Unia-Fahnen wehten, die Lautsprecher dröhnten und die Klassenkämpfer in die Mikrofone röhren: «Nous luttons jusqu'au bout! Streik bis zum Finale!», im Dörfchen Reconvilier im Berner Jura, wo das über Nacht landesweit berühmt gewordene Werk «La Boillat» steht, ist dieses – bittere – Ende nun tatsächlich da.

Nicht im Betrieb selbst, der weiterhin zur Swissmetal-Gruppe gehört. In den Hallen wird gearbeitet, dort laufen die Maschinen, und dort fertigen die rund 240 Angestellten wieder hochwertige Kupferdrähte und -stangen für Kunden in Amerika, Europa und Asien, allerdings mit etwas schlechteren Perspektiven als vor dem Streik. Ohne Leben sind die früheren Manifestationszonen. Die «Uzine 3», das arg heruntergekommene Haus mit dem Cyber Café, Zentrum der Aufständischen und ihrer Agitatoren, ist menschenleer und bekämpft das Swissmetal-Management nur noch sporadisch und virtuell. Wo im Februar 2006 Wände mit Streikparolen tapeziert waren, grüsst vertrauter grauer Verputz. Wo Restaurants, Bäckereien und Metzgereien auf ihren Aushängen Solidaritätswecken und -würste anpriesen, steht jetzt «Côtelette, Pommes frites, Salade, Fr. 15.–», ohne Beitrag an das Unterstützungskomitee. In der «Halle de fête» tritt der Männerchor «Harmonie» mit einem Liedervortrag und dem Lustspiel «Zwee herti Nüss» vors Publikum. Anschliessend spielen die «Alpen-Vagabunden» auf, das «Top-Trio» aus Österreich. Ein helvetisches Wochenende.

Die Revolution blieb aus in Reconvilier. Am Donnerstagabend verloren sich zwar nochmals einige Dutzend Menschen, aufgeboten von den anonymen «femmes en colère», auf dem Parkfeld, um des Jahrestags des Streikbeginns zu gedenken. Trotz Appellen gab es keine Schaltung mehr zu den TV- und Radio-Stationen, nur zwei Zeitungen druckten eine dürre Meldung der Agentur sda ab. Auf den Fotos der Website von «Uzine 3» sind die Teilnehmer des Nostalgietreffens einzeln zu identifizieren. Darunter ist kein einziger Vertreter der Gewerkschaft Unia auszumachen: Der Berner SP-Nationalrat André Daguét, der vor einem Jahr den Streik für die Deutschschweiz im Hauptamt propagandistisch betreut hatte, wurde als Redner eingeladen, verzichtete aber auf seinen Auftritt. In der alternativen Berner «Reithalle», wo er sich abends gerne niederlässt, hatte ihm ein Aktivist voll Zorn und Enttäuschung gar ein Glas Wasser über das Haupt geschüttet. Daguets ebenso wildes Unia-Gegenstück für die Westschweiz, Fabienne Blanc-Kühn, räumt in Interviews kleinlaut ein, dass die Gegenseite gewonnen habe.

Um den Flurschaden, den sie angerichtet haben, kümmern die Syndikalisten sich ebenso wenig wie um die Belegschaft von «La Boillat», die ihnen grossmehrheitlich den Rücken zugekehrt hat. Rund die Hälfte der Arbeiter zahlt noch ihren Unia-Beitrag; vor einem Jahr waren 80 Prozent gewerkschaftlich organisiert. Die Unia, die sich den Streik und die Aktionen in Reconvilier eine runde Million Franken hat kosten lassen, hat nicht nur viel Geld, sondern Rückhalt und Glaubwürdigkeit verloren.

Ein Jahr nach dem längsten und dem medial am intensivsten unterstützten Streik der jüngeren Geschichte herrscht betretenes Schweigen im ganzen Land. Die, die das geltende Recht gegen die Meuterei der Gewerkschaften, der fundamentalen Aktivisten und der vielen Polit-Opportunisten durchgesetzt haben, stehen weiterhin merkwürdig alleine. Zu peinlich ist es der Masse der (bürgerlichen) Mitschreier, an ihre Worte und Taten von damals erinnert zu werden.

Immerhin hat die Unia, welche die Arbeiter in den Ausstand getrieben hat, eine Klage auf Ersatz des verursachten Schadens am Hals; auf eine Summe «zwischen sechs und zehn Millionen Franken» beziffert die Geschäftsleitung der Swissmetal die Ausfälle, die der illegale Streik dem Unternehmen angerichtet hat. Diese Forderung (samt Zins) wurde vor einigen Wochen bei den Berner Gerichten deponiert, liegt aber zurzeit auf Eis. Die kleine Verzögerung hat rein politische und keine rechtlichen Gründe.

Denn dass der flagrante Bruch des Arbeitsfriedens – nicht nur vertraglich verankert im Gesamtarbeitsvertrag (GAV) der Branche, sondern ein Axiom der Zusammenarbeit der Sozialpartner – ungesetzlich war, darüber sind die Juristen sich einig. Eine kürzlich publizierte Basler Dissertation der Juristin Sarah Wenger («Zulässige Mittel im Arbeitskampf») weist nach, dass ein Streik nur dann begründet werden kann, wenn das Unternehmen Bestimmungen des GAV verletzt hat. In Reconvilier war das nicht der Fall, dort drehte der Streit sich um die Auslegung einer informellen Vereinbarung und um den Standort der Giesserei, also um einen strategischen Entscheid für die gesamte Gruppe, der allein in der Kompetenz von Management und Verwaltungsrat liegt. Die Gewerkschaft hätte gar die Aufgabe gehabt, die Belegschaft von einem Ausstand abzuhalten («Einwirkungspflicht»). Die Unia machte genau das Gegenteil. Ein Gutachten des renommierten Berner Rechtsprofessors Wolfgang Wiegand, der den konkreten Fall Reconvilier untersucht hat, kommt zum gleichen Ergebnis wie Wenger.

### «Kein klassischer Arbeitskampf»

Die Zauderei, die aussichtsreiche Klage auch durchzuziehen, hat ihre Ursache in der Politik der Besänftigung des Branchenverbandes der Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie (Swissmem), der vom Berner FDP-Nationalrat Johann Schneider-Ammann präsiert wird. Die Leisetreter von swissmem, die den Streik, wie sie sagen, «an und für sich» zwar ebenfalls für illegal halten, fürchten die Konfrontation mit der Gewerkschaft Unia und wollen ihr zahlendes Mitglied Swissmetal in diesem Kampf (abermals) nicht voll unterstützen. «In unserer Branche hat die Kultur des Dialogs eine lange Tradition. Und die Unia hat in den jüngsten Gesprächen ein Bekenntnis zum Arbeitsfrieden abgelegt», flötet Swissmem-Direktor Hans-Ulrich Bigler: «Das scheint uns der Erfolg versprechende Weg zu sein.» Überdies, meint Bigler, schreibe die Swissmetal-Gruppe ja wieder gute Zahlen... Tatsächlich hat die Firma sich einigermaßen erholt, ohne aber ihre Ziele erreicht zu haben. Die Aktie, die auf 15 Franken abgesackt war, pendelt heute zwischen 27 und 28 Franken.

Dass die Attacke der Unia den mittelgrossen Betrieb mit den vormals 750 industriellen Arbeitsplätzen in Reconvilier und in Dornach an den Rand des Ruins getrieben hat, dass die Firma nur mit viel Glück ihrer Auflösung entkommen konnte, ist im Swissmem-Vorstand kein Thema mehr. Die ungesetzliche Besetzung des Werks für 30 Tage sei eben ein «hochkomplexer, auch regionalpolitischer Fall» und, so gesehen, «kein klassischer Arbeitskampf».

Tatsächlich: Wochenlang wurde das Eigentum der Gruppe (Rohstoffe, Zwischen- und auch Fertigprodukte, die nicht an die Besteller ausgeliefert werden konnten) blockiert. Auch Unia-Fahrzeuge versperrten die Wege. Dem Management blieb der Zutritt zu den Firmenanlagen verwehrt. Die Berner Polizisten schauten auf Weisung der Gemeindebehörden, die mit den Streikenden offen paktierten, und mit dem Segen der Berner Polizeidirektorin Dora Andres (FDP) dem illegalen Treiben zu. Klagen der Swissmetal-Gruppe wurden von einem Gericht, das sich als nicht zuständig erklärte, zum andern verschoben, das sich ebenfalls als nicht zuständig erklärte. Grosse Teile der Politik und der Justiz sowie politisierende Pfarrer bildeten eine breite Front mit den Aufständischen.

Gar Unternehmer wie der Neuenburger Dominique Lauener fühlten sich gedrängt, öffentlich gegen die Swissmetal-Führung («Hellweg muss weg!») zu schiessen und – mit sehr durchsichtigen (Eigen-) Interessen – einen raschen Verkauf des Werks zu fordern. Immerhin: Zur Strafe für die unbedachte Kampagne jagte der 76-jährige Vater den Filius später aus der Familienfirma in Boudry.

## Verlierer auf allen Seiten

Langjährige Abnehmer drohten nicht nur abzuspringen; sie mussten sich anderswo eindecken, um ihre Produktion zu sichern. Nur der Verkauf von Metallvorräten und der aus einem Zufall möglich gewordene Zukauf des früheren Zweigwerks Busch-Jaeger im deutschen Lüdenscheid retteten die Gruppe. Dank Lüdenscheid, das über ähnliche Kompetenzen und Kapazitäten verfügt wie Reconvilier, konnten viele verärgerte Kunden doch noch beliefert werden. «Das war der Lotto-Sechser mitten in der grössten Krise», sagt Konzernchef Martin Hellweg. Die Konsequenzen dieser nochmaligen Umstrukturierung der Gruppe sind allerdings gallebitter für die Jurassier: Es müssen dort langfristig 30 Prozent mehr Stellen gestrichen werden, als ursprünglich vorgesehen. Der Umsatzverlust, den der Streik ausgelöst hatte, kostete zunächst zusätzlichen 111 Angestellten den Job; 21 renitente Kader wurden gar fristlos entlassen. Auch wenn Swissmetal nach einer ersten Erholung rund die Hälfte der Geschassten wieder anstellen konnte – in der Tollheit des Streiks hat «La Boillat» viele gute Karten verspielt.

Nicht nur die Linke, auch bürgerliche Politiker hatten sich in der grossen Erregung gegen den Verwaltungsrat und gegen das Management mit dem Feindbild Hellweg eingeschossen. Sie finden nicht mehr zu einer sachlichen Einschätzung der Entscheide der Gruppe, die ökonomisch und wirtschaftlich logisch und vor allem dringlich waren. In den zehn Jahren bis zur Abwendung der Beinahe-Insolvenz im Sommer 2004 hatte Swissmetal eine beispiellose Wertvernichtung von über 100 Millionen Franken fabriziert. Die marode Gesellschaft, die bereits Selve in Thun stillgelegt und Busch-Jaeger in die Insolvenz geschickt hatte, stand vor dem Aus. Es musste etwas geschehen. Die Optionen waren Liquidation, Verkauf der Reste oder Restrukturierung. Mit dem Auftrag, das Unternehmen zu refinanzieren und neu zu strukturieren, trat Sanierer Hellweg Mitte 2003 als Konzernleiter an. Mit neuem Kapital im Rücken entschied die Führung im Sommer 2005, nochmals 75 Millionen Franken zu investieren, die Produktion zu straffen und das Unternehmen mit mittelfristig rund 500 industriellen Arbeitsplätzen (260 in Dornach, 240 in Reconvilier) wieder profitabel zu machen. «Profitabel» heisst in diesem Business die Aussicht auf eine Kapitalrendite von 8 bis 9 Prozent.

Weil der Werkleiter von Reconvilier sich quer zu allen Reorganisationen stellte, wurde er entlassen. Das war Grund genug für die Belegschaft, im November 2004 für zehn Tage in einen ersten wilden Streik zu treten. Das merkwürdige Motto der Manifestationen, die bereits damals von der Unia auf allen Sendern als nationales Ereignis verkauft wurden: «Boillat gehört uns!»

In der Folge wurden das industrielle Konzept und die neue Führungsstruktur in Workshops mit über dreissig Kadern intensiv besprochen und auch politisch vorbereitet. Allerdings drohte der Berner FDP-Regierungsrat Mario Annoni – mit dunkeln Anspielungen auf die explosiven Verhältnisse in Frankreich – schon in einem Vorgespräch seinen Widerstand gegen die Verlegung der Giesserei nach Dornach an: «Dann werden auch in Reconvilier die Autos brennen!»

Eine gezielte Indiskretion der Unia Ende Oktober 2005, trotz Einladung der Swissmetal zur umfassenden Orientierung der Sozialpartner und der Standortkantone über die neue Strategie, machte ein einziges Detail der Restrukturierung vorzeitig publik und zum Aufreger: Die Konzentration der Giesserei am Standort Dornach wurde – technisch und betriebswirtschaftlich zwar völlig falsch, aber die Gegend und die Medien elektrisierend – zum «Mort programmée de la Boillat» stilisiert. «Wenn der Druck steigt, dann explodiert die Boillat»: Mit diesem und ähnlichen Communiqués heizte die Unia ein. Um den Streik definitiv vorzubereiten, zog am 21. Januar 2006 die Unia, Arm in Arm mit WEF-Gegnern, durch Reconvilier und protestierte gegen die Globalisierung im Allgemeinen und gegen Swissmetal im Besonderen – wobei, was die verwirrten Köpfe nicht kümmerte, Swissmetal damals eine ausschliesslich in der Schweiz produzierende Firma war.

## Subversive Strategie

Nun, die Strategie der Syndikalisten zielte auch nicht auf Logik, sondern allein auf Wirkung. Wie der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) in seiner schriftlichen Anleitung zum Kampf, «Streiks in der Schweiz – Zeichen der Veränderung», schon im Jahr 2000 darlegte, braucht ein Streik nicht unbedingt eine juristische Rechtfertigung, sondern erstens einen «sorgfältigen Aufbau der Bewegung», dann vielfältige «Aktionsformen unterhalb dieser Schwelle» und vor allem mediale Unterstützung. «Von grosser Bedeutung ist es, dass die Ziele und die Mittel der Bewegung in der Öffentlichkeit als gerechtfertigt betrachtet werden», skizziert SGB-Präsident und SP-Nationalrat Paul Rechsteiner (SG) die subversive Strategie. Der Arbeitsfrieden, behauptet er, sei «von arroganten Unternehmern längst gebrochen worden».

Am 25. Januar 2006 beschloss die von der Unia rund um die Uhr angetriebene Belegschaft mit 218 gegen 32 Stimmen (und gegen hundert Enthaltungen), per sofort die Arbeit niederzulegen. Die Gewerkschaft hatte die nationale Plattform, die sie mit Bedacht vorbereitet hatte. Rechsteiner eilte in den Jura, um den Aufrührern zu gratulieren: «Die Boillat, Reconvilier, ist ein Fanal. Ein Fanal des kollektiven Kampfes gegen die Zerstörung eines Unternehmens. Gegen die Willkür. Für die Würde und den Respekt.»

Die Aufwiegler überschätzten ihre Macht. Im Unterschied zu andern Bestreikten brach die Swissmetal-Spitze nicht einfach ein. «Darum haben wir Bundesrat Joseph Deiss eingeschaltet», erzählt André Daguét. Der übereifrige CVP-Wirtschaftsminister, dessen unseliges Wirken im Bundeshaus nun tranchenweise öffentlich wird, lässt sich von den Gewerkschaftern vor den Karren spannen. Er zitiert Friedrich Sauerländer, den Verwaltungsratspräsidenten der Swissmetal, und eröffnet ihm am 9. Februar, dass er den früheren Schoggi-Unternehmer Rolf Bloch («Ragusa») als Vermittler im Konflikt einsetze und dass Sauerländer und Hellweg in diese «Mediation», die in der freien Wirtschaft nirgends vorgesehen ist, einwilligen sollten.

## Magistrale Amtsanmassung

Medienwirksam empfing er vor laufenden Kameras eine Delegation der Streikführer im Bundeshaus. Eine rechtliche oder politische Basis für diesen Handstreich von oben hatte Deiss nicht – und darum später ein schlechtes Gewissen. Gemäss erster Mitteilung hatte er Bloch noch «ernannt», in der Folge wurde der Text auf «vorgeschlagen» abgeändert. Als Höhepunkt seiner Interventionen wagte er es sogar, die Akquisition von Busch-Jaeger, die tags darauf publik werden sollte, zu kommentieren und seiner Missbilligung Ausdruck zu verleihen.

Diese Schwächung der Swissmetal-Führung gelang dem wirren Bundesrat zwar nicht; aber er verschaffte dem illegalen Streik, der mit einem Knall hätte beendet werden können, eine politische Legitimation. Und obwohl die Mediationspapiere ohne rechtliche Relevanz sind, beruft Gewerkschafter Daguét sich dauernd auf die Vorschläge der Vermittler, die nun über Umfang der Metalllager, Führungsstrukturen und Strategien einer privaten Firma entscheiden dürfen. Deiss hat den Konflikt kompliziert und zugunsten der militanten Unia beeinflusst.

Für den Höhepunkt des Staatsinterventionismus zeichnete indes die damals noch amtierende Berner Regierungsrätin Elisabeth Zölch (SVP) verantwortlich. Am 6. März 2006 wurden im Büro der in ihrem Auftrag handelnden Berner Wirtschaftsförderung Verhandlungen über einen Verkauf des Werks «La Boillat» gestartet. Am Tisch des Beamten Denis Grisel diskutierte der Genfer Investor Patrick Moret, der angeblich asiatisches Kapital vertrat, mit den beiden Unia-Abgesandten André Daguét und Beda Moor ernsthaft über den Wert der Fabrik (Daguét schätzte rund 60 Millionen), die nötigen Investitionen (25 Millionen) und die Business-Pläne, die entlassene Kader angefertigt hatten. Die Eigentümer selbst waren zu diesem Geheimgespräch, der schliesslich ohne Resultat endete, nicht

geladen. Sie hätten später von Zölch politisch unter Verkaufsdruck gesetzt werden sollen.

(c) 2007 by Die Weltwoche, Zürich - E-mail: [webmaster@weltwoche.ch](mailto:webmaster@weltwoche.ch)